

AUSGABE 3/2021

OFFEN
AKTUELL
KRITISCH

anstöße

Israel – Palästina

JERUSALEMER ERKLÄRUNG

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN
FÜR JUDEN, MUSLIME UND
CHRISTEN

UNSER BEITRAG
ZUM KONFLIKT
IM NAHEN OSTEN

Das Magazin der
OFFENEN KIRCHE
Evangelische Vereinigung
in Württemberg



EDITORIAL



Liebe Freundinnen und Freunde der OFFENEN KIRCHE!

Der Wahlkampf in den letzten Monaten, der fluchtartige Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan und auch weiterhin Covid-19 verdrängen andere Probleme, die deshalb nicht weniger wichtig sind. Gerade wegen Afghanistan fand die Mitgliederversammlung, dass das Friedensfarramt der Landeskirche nicht weggespart werden dürfe und beschloss einen Antrag an den Oberkirchenrat, es wieder auszuschreiben und zu besetzen.

In der Anstöße-Nummer 3/2020 brachten wir den Artikel „Schrei nach Hoffnung“, wo auf das Leid der palästinensischen Bevölkerung im Staate Israel hingewiesen worden ist. Ein Leser äußerte sich sehr kritisch darüber. Im persönlichen Gespräch, zu dem er mich auf meine Entgegnung hin einlud, betonte er, dass wir dieses Problem tunlichst der innerisraelischen Opposition überlassen sollten.

Die Auseinandersetzung schlug Wellen bis in die Führungskreise der OFFENEN KIRCHE. Wie umgehen mit dem Vorwurf des Antisemitismus? Vor wenigen Monaten (am 20. Mai) fand in Reutlingen zu diesem Thema eine größere Veranstaltung statt. Die wichtigsten Gedanken aus dieser Online-Diskussion lesen Sie im Artikel gleich nebenan.

Aber auch das Interview mit Fulbert Stefensky zum Thema Mission und die von Mitgliedern des Vorstands und einer Gruppe erarbeiteten Denkanstöße zum ärztlich assistierten Suizid und zum „Guten Leben für alle im 21. Jahrhundert“ sollten Sie nicht übersehen. Die Langfassungen sind, wenn unser neuer Programmierer den Scherbenhaufen aufgearbeitet hat, mithilfe der QR-Codes oder unter www.offene-kirche.de auf der Homepage zu finden.

... und vergessen Sie nicht an Weihnachten Erich Kästners Gedicht „Dem Revolutionär Jesus zum Geburtstag“ ihren Mitfeiernden vorzutragen.

Ulrich Immendorfer

ISRAEL – PALÄSTINA



TITELTHEMA

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN FÜR JUDEN, MUSLIME UND CHRISTEN

„Israel, um Himmels willen, Israel!“ - Der Aufschrei Ralph Giordanos über den Nahostkonflikt aus dem Jahr 1991 ist weiterhin aktuell. Da ist immer neue Gewalt, die Siedlungspolitik, der weltweit sich ausbreitende Antisemitismus, der Holocaust und seine Folgen, die Zweistaatenlösung, die in weite Ferne gerückt scheint. Da ist ein Friedensprozess, der keiner mehr ist, und der Streit um die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), die den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will: Israel müsse die „Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes“ beenden! Israel – Palästina, um Himmels willen!

Die OFFENE KIRCHE im Bezirk Reutlingen stellte sich diesen Fragen und lud zum online-Dialogabend ein. Beteiligt waren Dr. Ulrich Bausch, Geschäftsführer der Volkshochschule Reutlingen, und Hans-Ulrich Probst, Synodaler der OFFENEN KIRCHE aus Tübingen. Prof. Dr. Martin Plümicke und Pfarrer Martin Burgenmeister aus Reutlingen moderierten. Etwa 70 Interessierte nahmen teil.

Plümicke gibt einen kurzen historischen Abriss: Er geht auf die Zeit ein, als Juden in der Diaspora lebten, beschreibt die Ziele der zionistischen Bewegung und den Beschluss der UN, Palästina zu teilen.

1948 gaben die Briten die Verwaltung ab und der Unabhängigkeitskrieg begann. Im 6-Tage-Krieg 1967 eroberte Israel die Westbank, Gaza, die Golanhöhen und den Sinai. 1978 bekam Ägypten die Halbinsel zurück. Der hoffnungsvolle Friedensprozess, basierend auf dem Oslo-Abkommen 1993, fand jedoch ein jähes Ende, als Itzak Rabin 1995 ermordet wurde.

Probst, wie Plümicke Mitglied der evangelischen Landessynode, kennt beide Seiten. Er studierte ein Jahr in Jerusalem und war mit seinen israelischen Mitbewohnern über die Zwei-Staatenlösung und den Gazakonflikt im Austausch: „Die

israelische Zivilgesellschaft ist vielfältig. Häufig vergessen wir das, aber die politischen Meinungen in Israel sind sehr plural.“ Doch auch die palästinensische Seite ist ihm vertraut: Sein Bruder lebt mit seiner Frau, einer Palästinenserin, in der Nähe von Ramallah. „Beide Seiten zu hören ist extrem schwer, aber vor der Herausforderung stehen wir.“ Er fragt: „Warum treibt uns der Nahost-Konflikt so um? Kann es aus deutscher Perspektive Neutralität geben oder ist der Konflikt viel zu komplex, um sich auf einer Seite zu positionieren?“ Es sei eben nicht einfach zu erkennen, wer Täter oder Opfer sei. Für ihn ist die deutsche Geschichte in diesem Konflikt nicht zu vergessen: „Ohne Schoah hätte es diesen Staat nicht gegeben. Dabei sollten wir uns bewusst sein, dass auch Erinnerungskonflikte in Israel-Palästina ausgetragen werden: Das werde bereits an den Begriffen *Schoah* und *Nakba* deutlich: Beide heißen Katastrophe und bringen die unterschiedliche Perspektive auf die Geschichte zum Ausdruck.“ Natürlich sei konkrete Kritik an der israelischen Regierung möglich und legitim. Doch, wer sich mit dem Konflikt beschäftige, müsse sich eben auch mit dem israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland auseinandersetzen: „Was hat dazu geführt, dass der Antisemitismus auf den Straßen wieder sichtbar ist? Was haben wir als Kir-

che, aber auch individuell dazu beigetragen?“, so Probst.

ES STERBEN MENSCHEN AUF BEIDEN SEITEN

Bausch macht seit 30 Jahren viele Veranstaltungen zu Israel/Palästina mit Offenheit für beide Seiten und zeigte 2019 die Ausstellung des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“. „Es ist schwieriger geworden, weil die Emotionen hochgehen. Man bekommt immer Prügel.“ Das Thema sei belastend. „Raketen der Hamas und Luftangriffe der Israelis – es sterben Menschen auf beiden Seiten, das ist unerträglich.“ Die Nakba-Ausstellung aus palästinensischer Perspektive ist seit 2008 in 80 Städten gezeigt worden. „Sie wurde von vielen Wissenschaftlern und auch von Landesbischof i.R. Renz begrüßt. Während man sich früher kritisch streiten konnte, bekommen Bürgermeister nun Hassbriefe: ‚Was ist an Ihrer VHS los? Die Ausstellung ist ein Teil der BDS-Boykott-Bewegung und antisemitisch.‘ Dabei hat sie mit der Boykott-Bewegung nichts zu tun. Wie können wir wieder zu kritischer Auseinandersetzung zusammenkommen? Wir haben eine Verantwortung für Israel, aber in verschiedenen Sichtweisen. Eine einfache Lösung gibt es nicht. Ich appelliere an alle, emotional abzurüsten.“

Die Diskussion geht nun darauf ein, was der Konflikt mit europäischer und deutscher Geschichte zu tun hat und wie eine friedliche Koexistenz zu erreichen sei. „Die historische Tiefe kennen nicht viele“, sagt Bausch. Zum Siedlungsthema gebe es keine kritische Auseinandersetzung. Die Zwei-Staaten-Lösung schein obsolet zu sein. In Deutschland werde die Freundschaft zu Israel zu dominant herausgehoben. Da sei er kritisch, da ihm dies zu einseitig sei. Probst wendet ein: „Häufig wird mit Argusaugen auf Israel geblickt und sich daran abgearbeitet. Doch was ist mit Menschenrechtsverletzungen in den palästinensischen Gebieten oder in den arabischen Nachbarstaaten? Warum weckt das nicht unser Interesse?“ Auch das müsse mit kritischer Distanz benannt werden. Pfarrer Burgenmeister unterstreicht dies: „Nach dem Motto ‚Schaut hin!‘ müssen wir die Ängste der Israelis und die unerträgliche Situation der Palästinenser sehen.“

SOLIDARITÄT GILT NICHT NUR FÜR ISRAEL, SONDERN AUCH FÜR PALÄSTINA

Aus dem Publikum berichtet Ernst Ludwig Vatter, Vorsitzender der deutschen Gruppe „Freunde von Sabeel“, über das Verhalten der Kirchenleitung zur Durchführung der Tagung „Shrinking Space im Israel-Palästina-Konflikt“ im September 2018 in Bad Boll. Es wurde durch vielseitige Kritik, unlauterer Vorwürfe und einer Rufmordkampagne in verschiedenen Medien und E-Mails unterstellt, sie beschäftige sich mit BDS und sei antisemitisch. Anstatt sich kundig zu machen und sich hinter die Veranstalter zu stellen, wollte die Kirchenleitung, dass sie abgesagt wird. Seit Jahren wurde das Kairos Palästina Dokument nie wirklich zur Kenntnis genommen und nun auch nicht der „Schrei nach Hoffnung“ der palästinensischen Christen vom 1. Juli 2020, obwohl auch dieses Dokument der Kirchenleitung übergeben wurde. Es ist nichts passiert. Auf der Website der Landeskirche gibt es nur ein Gebet für Israel, keins für Palästina. Die Lösung müssen Palästinenser und Israelis finden, aber wir können sie begleiten.“ Das unterstreicht Burgenmeister: „Solidarität gilt nicht nur für Israel, sondern auch für Palästina.“ Und auch Bausch sagt: „Es gibt vielfältige Formen von Antisemitismus. Aber der Vorwurf wird oft instrumentalisiert, um bestimmte Auftritte zu verhindern. Wir müssen genau hinschauen. BDS hat Palästina geschadet. Hamas ist ein Ärgernis. Doch wenn 40 Prozent der Palästinenser kein Wasser haben, die Siedler aber viel - dann habe ich Verständnis dafür, dass sie sich radikalisieren.“

Ines Fischer, Asylpfarrerin in Reutlingen, meldet sich zu Wort: „Ich bin seit 21 Jahren in Israel und Palästina unterwegs und habe für ein Friedensprogramm geforscht. Es gibt auf beiden Seiten Menschen, die sagen: ‚Wir leben in Frieden miteinander und wollen dies auch in Zukunft tun.‘ Es müsste in der deutschen Öffentlichkeit besser publiziert werden, etwa in der Bildungsarbeit. Es hat viel mit Nichtwissen zu tun. Warum geben wir nicht denen Raum, die Friedensarbeit machen? Ich kenne Leute, die wir dafür einladen könnten. In VHS-Kursen könnte man konstruktiv denken und nicht immer fragen: Wer hat recht?“ Das unterstreicht Probst:

FORTSETZUNG AUF SEITE 4 →

TITELTHEMA

→ FORTSETZUNG VON SEITE 3

„Wir brauchen eine Doppelsolidarität mit beiden Seiten und müssen darauf den Fokus unserer kirchlichen Arbeit ausrichten.“

Ingrid Rumpf von „Flüchtlinge im Libanon“ gibt zu bedenken: „Friedensgruppen aus Israel und Palästina einzuladen, ist gut. Aber wir sollten uns keiner Illusion hingeben, auch sie werden hier sofort als antisemitisch abgestempelt, was unerträglich ist. Die Nakba-Ausstellung hat nichts mit BDS oder Antisemitismus zu tun, es wird als Waffe benutzt.“ Bausch ist der Meinung: „Man muss es tun, obwohl es die Angriffe gibt. Es braucht Standfestigkeit.“ Probst entgegnet: „Ich bin über BDS gestolpert: ‚Es geht um die Befreiung allen arabischen Landes.‘ Und wir sollten die kirchliche Nähe zu BDS nicht aus dem Blick verlieren: Im Weihnachtsbrief von Kairos Palästina finden sich Formulierungen wie: ‚Und die alten Juden haben es nicht erkannt.‘ Das ist christliche Judenfeindschaft.“ Er betont: „Die Nakba-Ausstellung muss laut Michael Blume überarbeitet werden, weil sie anti-israelische Meinungen begünstigt. Zum Beispiel lässt sie aus, was mit jüdischen Migranten aus arabischen Ländern zwischen 1948 und 1967 passierte. Dadurch sind wir Wegbereiter für israelfeindliche Demos auf der Straße.“

Renate Lück

Martin Plümicke, Hans-Ulrich Probst, Ulrich Bausch und Martin Burgenmeister (v.l.) mit vielen Interessierten im Gespräch



Dazu entgegnet Vatter: „Die Geschichte der Juden aus dem Irak oder Magreb ist anders. Die Nakba-Ausstellung zeigt den Blick der Palästinenser. Man kann auch eine andere Ausstellung machen.“ Der Leiter der Reutlinger VHS sagt: „Die Ausstellung schließt Wissenslücken. Es ist unredlich zu sagen, dadurch bekommt der Antisemitismus Vorschub. Die Zwei-Staaten-Lösung wird zerredet. 7.000 bis 8.000 Siedler sind bewaffnet. Bei rechtlicher Gleichheit könnten Palästinenser mit den Siedlern über eine Ein-Staat-Lösung reden. Wir brauchen einen Vermittler, um mit beiden Seiten zu verhandeln.“

Plümicke erinnert an Länder, wie Nordirland und das Baskenland, in denen durch Vermittlung von außen Frieden geschlossen wurde. Die Palästinenser sähen die EU als Partnerin, die zwischen beiden Seiten vermitteln könne. Probst ist da etwas zurückhaltender: „Ob es in dieser verfahrenen Situation noch gelingende europäische Vermittlung geben kann, halte ich für fragwürdig.“

Die OFFENE KIRCHE würdigte das Engagement von Sumaya Farhat-Naser und den inzwischen verstorbenen Israeli Reuven Moskovitz mit dem AMOS-Preis. Aber eine Lösung für den Konflikt hat sie nicht.

ISRAEL – PALÄSTINA

KONFLIKT IM NAHEN OSTEN

Unser Beitrag als Kirche, Landeskirche, Friedensbewegung und Engagierte

Nach dem jüngsten Gazakrieg steht die Frage einmal mehr im Raum: Was kann man tun, um der Gewalt ein Ende zu bereiten? Was können WIR tun als Menschen, die in Deutschland leben? Wie können wir uns einbringen? Ich erlebe diese Diskussion in Deutschland seit vielen Jahren als sehr emotional und oft mit einer einseitigen Parteinahme für die jeweiligen Parteien. Eine Diskussion, die nichts löst, sondern auch unter uns viele Gräben aufmacht. Nach vielen Jahren im Gespräch mit Menschen aus der Friedensbewegung in Israel und Palästina bin ich für mich zu dem Schluss gekommen: Die Lösung des Konfliktes liegt NUR in der Region selbst. Wenn wir von außen Lösungen präsentieren oder diskutieren, dann hilft dies den Menschen vor Ort nicht weiter. Im Gegenteil: Es besser zu wissen ist aus der Außenperspektive nicht möglich, wirkt manchmal realitätsfern und entspricht der erlebten Wirklichkeit nicht. – Dennoch können wir etwas tun. Unzählige Friedensinitiativen gibt es vor Ort. Menschen, die Räume und Orte brauchen. Menschen, die sich treffen wollen und das angesichts der Situation oft nicht können. Menschen, die in gemeinsamen Initiativen bereits kooperieren und mehr Unterstützung für ihre Arbeit von außen bräuchten. Wohlgemerkt: Diese Menschen brauchen nicht unsere MEINUNG, aber sie brauchen unsere Solidarität für ihre kraftraubende Arbeit, tagtäglich das zusammenbringen, was jeden Tag weiter auseinanderdriftet. Es gibt diese Menschen. Unterstützen wir sie, laden sie zu gemeinsamen Seminaren ein, lernen ihre Meinungen kennen, hören zu, lernen dabei selbst und merken: Begegnung ist das einzige, was hilft. Diejenigen, die sich dieses Motto auf die Fahnen geschrieben haben, brauchen unsere ganze Solidarität als Kirche, die auf diesem Weg des Friedens mitgehen möchte.

Ines Fischer, Reutlingen

ISRAEL – PALÄSTINA



EIN NEUES KAPITEL IN DER ANTISEMITISMUS-DEBATTE?

TITELTHEMA

„Jüd*innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent*innen Israels zu behandeln“ sei eine antisemitische Aussage. Die „Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind“ sei dagegen nicht antisemitisch: Katharina Galor, deutsch-israelische Kunsthistorikerin und Archäologin mit dem Schwerpunkt Israel und Palästina, zitiert am 29. März d.J. in einem Gastbeitrag auf Zeit-online die „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“ vom 26. März 2021. Die will den Begriff des Antisemitismus neu diskutieren und Katharina Galor hält das für einen „wichtigen Schritt“.

Mit der „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“ versucht eine Gruppe von zwanzig Wissenschaftlern, vor allem jüdischen Glaubens und israelischer Staatsangehörigkeit, eine Verbesserung, Ergänzung und Korrektur der Antisemitismus-Definition der „Internationa-

lionalen Allianz zum Holocaustgedenken“ (IHRA – International Holocaust Remembrance Alliance) aus dem Jahr 2016. Die Unterzeichner – 200 internationale Wissenschaftler aus dem Bereich der Antisemitismusforschung, Judaistik und Nahoststudien – wollen einen „Wegweiser für all jene, die antisemitische Tendenzen, Diskurse und Taten erkennen wollen, um sie dann effektiv bekämpfen zu können“. Sie verstehen den Kampf gegen Antisemitismus untrennbar verbunden mit dem größeren Kampf gegen andere Formen von Rassismus und Diskriminierung.

Die internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei

als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Einer der Einwände gegen diese Definition besagt, dass sie die Redefreiheit, insbesondere kritische Äußerungen an Israel, einschränke. Der Israel-Palästina-Konflikt müsse auch außerhalb von Antisemitismus betrachtet werden können.

Katharina Galor: „Wir dürfen nicht den Fehler begehen, israelische Diskriminierung, israelischen Rassismus gegenüber den Palästinensern moralisch anders zu bewerten als ähnliche Strukturen in anderen Ländern oder Gebieten. Ich fühle mich an keinem Ort so zu Hause wie in Israel. Ich will, dass dort und auch in allen anderen demokratischen Gesellschaften niemand wegen Hautfarbe, sexueller Orientierung und vor allem ethnischer und religiöser Zugehörigkeit diskriminiert wird. Israelkritik stets mit Antisemitismus gleichzusetzen ist meiner Meinung nach selbst eine Form von Blindheit und Diskriminierung.“

FORTSETZUNG AUF SEITE 6 →

→ FORTSETZUNG VON SEITE 5

Hanno Loewy, Präsident der „Association of European Jewish Museums“, resümiert in der taz: „Die Jerusalemer Erklärung könnte dazu beitragen, die Diskussion um Israel und die Diskussion über Antisemitismus endlich wieder in rationaleres Fahrwasser zu führen, und das heißt vor allem, sie wieder ein Stück voneinander zu trennen.“

Und auch Micha Brumlik, einer der Unterzeichner der Jerusalemer Erklärung, hält die Ausdifferenzierung der Antisemitismus-Definition für wichtig, „damit der reale Judenthass und Rassismus nicht aus der politischen Diskussion“ verschwindet.

Eberhard Braun

DIE SOG. KOORDINATIONSGRUPPE DER „JERUSALEMER ERKLÄRUNG“:

Seth Anziska, Mohamed S. Farsi-Polonsky Associate Professor of Jewish-Muslim Relations, University College London
Aleida Assmann, Professor Dr., Literary Studies, Holocaust, Trauma and Memory Studies, Konstanz University
Alon Confino, Pen Tishkach Chair of Holocaust Studies, Professor of History and Jewish Studies, Director Institute for Holocaust, Genocide, and Memory Studies, University of Massachusetts, Amherst
Emily Dische-Becker, Journalist
David Feldman, Professor, Director of the Institute for the Study of Antisemitism, Birkbeck, University of London

► MEHR INFO:
 Homepage der Jerusalemer Erklärung in englisch:
<https://jerusalemdeclaration.org/>

Amos Goldberg, Professor, The Jonah M. Machover Chair in Holocaust Studies, Head of the Avraham Harman Research Institute of Contemporary Jewry, The Hebrew University of Jerusalem
Brian Klug, Senior Research Fellow in Philosophy, St. Benet's Hall, Oxford; Member of the Philosophy Faculty, Oxford University
Stefanie Schüler Springorum, Professor Dr., Director of the Center for Research on Antisemitism, Technische Universität Berlin

NACHRUF

WERNER DIERLAMM

18.11.1927 – 25.5.2021

Beim Trauergottesdienst am Mittwoch, 2. 6. 2021 in der Stadtkirche Schorndorf



durch die Taufe in einer neuen Gemeinschaft von Geschwistern leben, dann muss das auch Länder übergreifend in Nord und Süd, Ost und West spürbar werden in einem Netzwerk, das zur Überwindung der Feindschaft zwischen Staaten und Blöcken beitragen kann. Die Sitzblockaden in Mutlangen sollten zeigen: Wir weigern uns, die

Menschen auf der anderen Seite als unsere Feinde zu sehen. Und gleichzeitig suchten wir bei Treffen mit christlichen Friedensgruppen in der DDR konkrete Wege zur Überwindung der Mauer.

Und schließlich die dritte Idee: Die Beteiligung an der Europäischen Friedenskarawane 1991 durch die Länder des auseinanderbrechenden Jugoslawiens. Mitten im Krieg der Nachfolgestaaten machten sich 400 Friedensengagierte aus westeuropäischen Ländern zu den unter der Gewalt leidenden Menschen in Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien auf. Die Aufgabe, Frieden zu stiften, muss auch zwischen Religionen gelten. Gerade auch da wurde Werner nicht müde, den Weg der Bergpredigt aufzuzeigen. Warum sollten Christen verschiedener Konfessionen nicht einfach auf die gemeinsame Grundlage vertrauen: „Christus ist unser Frieden, der aus beiden eines gemacht hat und den Zaun abgebrochen hat, der dazwischen war.“ (Epheser 2, 14) Das ist keine Vereinnahmung anderer Vorstellungen sondern eine Lebensgrundlage, mit der ich auch den jeweils anderen annehmen und gelten lassen kann.

Werner Dierlamm hat sich immer wieder auf diesen Weg des Friedens aufgemacht und uns dabei zu konkreten Schritten in der Nachfolge Jesu herausgefordert. Dafür sind wir dankbar und so wird er auch weiter für uns von Ohne Rüstung Leben Vorbild bleiben.

Reinhardt Seibert für „Ohne Rüstung Leben“, Tübingen, 2. Juni 2021

STERBEHILFE

IN WÜRDE LEBEN – IN WÜRDE STERBEN

Denkanstöße des vorigen Vorstands der „Offenen Kirche – Evangelische Vereinigung in Württemberg“ zu (ärztlich) assistierter Sterbehilfe



THESENARTIGE ZUSAMMENFASSUNG:

1. In seinem Urteil vom Februar 2020 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Verbot von Sterbehilfe nach § 217 StGB verfassungswidrig ist. Der Selbstbestimmung des Menschen wird ein hohes Gewicht beigemessen als wichtigem Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.

2. Das Urteil wird derzeit kontrovers diskutiert, die katholische Kirche und einige evangelische Einrichtungen sind strikt dagegen, andere suchen nach einer guten Lösung.

3. RECHTLICHE GESICHTSPUNKTE. Freitod ist seit 170 Jahren keine Straftat und deshalb kann auch eine passive Hilfe beim Suizid nicht strafbar sein. Nach dem BVerfG muss sich der einzelne Mensch frei entscheiden können, geschützt vor äußeren Einflüssen oder den Erwartungen der Umgebung. Daher ist der Gesetzgeber berechtigt, Regelungen zu beschließen, die die Ernsthaftigkeit und Freiwilligkeit prüfen und einen Weg zur fachlichen Hilfe beim Suizid zu eröffnen.

4. ÄRZTLICHE UND MEDIZINISCHE GESICHTSPUNKTE

Im seltensten Falle schwerstkranker Menschen, deren unerträgliches Leiden auch durch palliativ-medizinische Therapie nicht wirksam bekämpft werden kann, kann die Beihilfe zum Suizid ein Akt ärztlicher Nächstenliebe sein.

Die Bundesärztekammer hat im Mai 2021 den Satz „Der Arzt darf keine Hilfe zur Selbsttötung leisten“ aus der Muster-Berufsordnung gestrichen.

5. Die Befürchtung, dass der gesellschaftliche Druck auf Sterbensranke steige, wird durch verschiedene Untersuchungen nicht gestützt. Im Gegenteil: Das Vertrauen zu den behandelnden Ärzten sei gestiegen. Einfühlsame Ärzte begleiten Patienten in ihrem Leiden und in ihrem Sterben und in einzelnen

Fällen auch in den Tod. Wenn möglichst viele Menschen mit Sterbewunsch erreicht werden, lässt sich die Zahl der Suizide senken.

6. KIRCHLICHE, BIBLISCH-THEOLOGISCHE UND ETHISCHE GESICHTSPUNKTE

In kirchlichen Stellungnahmen wird oft die strafbare aktive mit der straffreien passiven Sterbehilfe durcheinandergeworfen.

Im Deutschen Ethikrat herrschte bereits 2014 Einigkeit darüber, „dass die ärztliche Suizidbeihilfe als Gewissensentscheidung im Einzelfall möglich sein soll, ohne dass sie ein reguläres Angebot der Ärzteschaft oder die Aufgabe einer Ärztin oder eines Arztes wäre“.

In der Bibel gibt es keine negative Bewertung des Suizids.

Gegenüber dem oft vorschnell vorgebrachten theologischen Argument, dass Gott das Leben will und nicht den Tod, gibt es auch die feste Überzeugung vieler Menschen, dass sie sich auch „vor der Zeit“ an Gott wenden dürfen, wenn sie das Leben nicht mehr (er)tragen können. Gott ist in jedem Fall ein Gott in Verbindung und Beziehung – es geht also in der kirchlichen Debatte implizit auch um den Gottesbegriff.

Der religiöse Ansatz kann allerdings in einem weltlichen Strafrecht nicht verallgemeinert werden.

7. SEELSORGLICHE GESICHTSPUNKTE

Die Aussage, dass Menschen sich nach ihrem Tod sehnen, begegnet in den verschiedensten Lebenssituationen: Im Pflegeheim, im Krankenhaus, im Hospiz wie auch im ganz „normalen“ Leben. Wichtig ist, auf ein einfühlsames Gegenüber zu treffen, mit dem solche Menschen auf eine einfühlsame, wertschätzende Weise sprechen können. Es geht darum, ein offenes Ohr für Suizidwillige zu haben und den Sterbewunsch nicht zu tabuisieren. Das dient der Suizidprophylaxe.

Erforderlich ist eine gute professionelle Seelsorgeausbildung.

8. In gesellschaftlicher Hinsicht muss Druck auf alte und behinderte Menschen unbedingt vermieden werden.

9. ZUSAMMENFASSUNG

Die Beihilfe zum Suizid kann vom Liebesgebot her geboten sein, sie zu verweigern das Liebesgebot verletzen. Das sehen auch viele Theologinnen und Theologen so. Sie respektieren die Entscheidung zum assistierten Suizid aus eigenständig gebildetem, freien Willen als verantwortlichen Umgang mit dem eigenen Leben.

10. SCHLUSSBEMERKUNG

Gewissensentscheidungen für einen (assistierten) Freitod sollten Ausnahmefälle bleiben und nicht die übliche Weise werden, das Leben zu beenden. Dazu müssen die vom BVerfG geforderten neuen gesetzlichen Regelungen entwickelt werden.

Es gibt inzwischen etliche Vorschläge für solche Schutzgesetze. Sie können wohl erst in der neuen Legislaturperiode im Parlament beraten werden.

Grundsätzlich ist der Wunsch nach selbstbestimmtem Sterben zu respektieren.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit seinen „Denkanstößen“ will der Vorstand der OFFENEN KIRCHE an der Christinnen und Christen herausfordernden Debatte um den (ärztlich) assistierten Suizid teilnehmen, sie zusammenfassen und aus seiner Sicht bewerten.

Sie sollen zu eigener Klärung beitragen und zur Entscheidungsfindung ermutigen.

Zusammenfassung: Gerlinde Hühn



► MEHR INFO:
 Den vollständigen Text finden sie auf www.offene-kirche.de



TERMINE

AMOS-PREIS

Der AMOS-Preis wird am Sonntag, dem 13. März 2022, um 12 Uhr in der Erlöserkirche in Stuttgart, Birkenwaldstraße 24, verliehen. Wer ihn bekommt, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

LANDESSYNODE

Die Landessynode tagt vom 17. bis 19. März 2022 im Hospitalhof in Stuttgart. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Wahl ins Bischofsamt, wenn Frank Otto July in den Ruhestand geht. Wer von der OK kandidiert, durfte auf Anweisung des Nominierungsausschusses noch nicht bekannt gemacht werden.

IMMER AKTUELL:

» www.offene-kirche.de



PERSONEN

Der Religionspädagoge und Pfarrer i.R. **EBERHARD RÖHM**, eines der OK-Gründungsmitglieder, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande für seine Erforschung der Rolle der Kirche im Nationalsozialismus. Seit Beginn des Ruhestands 1993 beschäftigte er sich mit dem Geschehen um das Konzentrationslager in Leonberg. Im März 1999 wurde die KZ-Gedenkinitiative gegründet, die er bis 2011 leitete und dabei den Kontakt zu vielen ehemaligen Häftlingen hielt. 2018 wurde der Verein im Verbund der Gedenkstätten des ehemaligen KZ-Komplexes Natzweiler mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichnet. Der Leonberger schrieb mehrere Bücher – mit Jörg Thierfelder zusammen „Juden – Christen – Deutsche von 1933 bis 1945“ – und als Dozent am Pädagogisch-Theologischen Zentrum die Schulbuchreihe „Oberstufe Religion“ sowie die Fachzeitschrift „Entwurf“. Noch denkt er gern an die Gründungszeit der „Kritischen Kirche“ mit den Flugblättern während der Synode und der „Aktion Synode 71“ mit den „sagenhaft schönen Plakaten“, wie er sagt – beides Vorläufer der OFFENEN KIRCHE, nachzulesen im Buch „Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss“ zum 40-jährigen Bestehen der OK (www.offene-kirche.de unter Positionen).



GENERATIONSWECHEL IM VORSTAND

Am 13. September leiteten Erika Schlatter-Ernst und Dieter Hödl ihre letzte Vorstandssitzung. Matthias Hestermann (li) schrieb das letzte Mal Protokoll. Johannes Dürr (re) sprach über die Anlage der AMOS-Preis-Gelder. Gerlinde Hühn und Dr. Harald Kretschmer, der auch nicht mehr kandidierte, besprachen, wie sie die „Denkanstöße zum ärztlich assistierten Suizid“ bei der Mitgliederversammlung vortragen wollen. Johannes Dürr tat das Gleiche für „Gutes Leben für alle“.



Mit anhaltendem Applaus dankten die Mitglieder bei der Jahresversammlung am 25. September Erika Schlatter-Ernst für ihren Einsatz besonders bei der Kirchenwahl 2019, als die OK ebenso viele Sitze in der Landessynode erlangte wie die LG. Durch den Rückzug von Ralf Albrecht, der Heilbronner Prälat wurde, ist die OK nun die stärkste Fraktion. Auch Dieter Hödl sowie Matthias Hestermann und Dr. Kretschmer wurden mit herzlichen Worten verabschiedet. Als neue Vorsitzende wurden Vikarin Miriam Bauer und Dr. Hans-Ulrich Probst gewählt. Wiedergewählt wurde der Rechner Johannes Dürr. In den erweiterten Vorstand kamen Pfarrerin Inga Kaltschnee und Vikar Christopher Zeyher und en bloc Pamela Barke, Ruth Bauer, Elke Dangelmaier-Vincon, Gerlinde Hühn und Uli Maier. Birgit Auth-Hofmann und Prof. Dr. Martin Plümcke sind vom Gesprächskreis in den Vorstand beordert.

NACHRUF

FRIEDER SCHÖPFER

24. 07. 1947 – 14. 06. 2021

Nachruf am
28. Juni 2021, 13.30 Uhr



Liebe Karen, liebe Angehörige und liebe Trauergemeinde!

Die *Gegenwart des Reiches Gottes*, so wie Jesus sie in seinem ursprünglichen Evangelium verkündet hat, stand im Zentrum von Frieders Christsein. Die *Liebe*, die Jesus lebte, das Suchen nach *Frieden*, das er uns, seinen Nachfolgern, auftrug, die *Gerechtigkeit* von der er in seinen Gleichnissen erzählte, danach trachtete Frieder Schöpfer. Ganz im Sinne Jesu, der im Matthäusevangelium (6,33) sagt: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit ...“

Und genau dieses Ziel hatte Frieder auch vor Augen als er sich in der OFFENEN KIRCHE engagierte. Die OFFENE KIRCHE ist eine evangelische Vereinigung, die vor allem diese Ziele in der Evangelischen Landessynode in Württemberg vertritt.

Frieder hat es schon im Jahr 2010 übernommen bei den Treffen unserer Gruppe im Nordschwarzwald die Protokolle zu schreiben. Er kümmerte sich um die Pressearbeit und um die Mitglieder- und Adresskartei. Schon ein Jahr später wurde er kommissarisch Bezirksbeauftragter für Neuenbürg und kümmerte sich besonders vor Synodalwahlen auch um die Finanzen unseres gesamten Bezirks.

Für das alles, aber ganz besonders für seine scharfsinnigen Beiträge in unseren Gesprächen und für seine Freundschaft, sind wir ihm außerordentlich dankbar. Wir hoffen mit allen, die in Liebe an ihn denken, dass Frieder nicht nur im Leben, sondern auch im Tod in der Wirklichkeit der Liebe Gottes geborgen ist. Möge auch in unserem Leben sein Glaube an die Gegenwart des Reiches Gottes als starker Impuls in uns fortwirken.

Rainer Merkle, Bad Herrenalb

„Alles Sein ist für uns unerkennbares und unlösbares Geheimnis.
Unser geistiges Leben besteht nicht im Erkennen dieses Geheimnisvollen,
sondern im Erleben desselben und im Ergriffensein durch es. (Albert Schweitzer)“

Frieder Schöpfer

* 24. Juli 1947 † 14. Juni 2021

Wir denken an ihn in Liebe

Karen Schöpfer geb. Beilke
Heidi Schöpfer und Christian Herche mit Paula
Timm Schöpfer
Johannes und Thirza Schöpfer mit Niklas
Bernhard und Gaby Schöpfer
und alle Angehörigen



Die Trauerfeier findet am Montag, den 28. Juni 2021, um 13.30 Uhr in der Friedhofskapelle in Höfen an der Enz statt. Die anschließende Urnenbeisetzung erfolgt vor Ort auf dem naturnahen Grabfeld „Waldrand“.

Im Sinne von Frieder kann anstelle freundlich zugedachter Blumen gespendet werden an:

Offene Kirche – Evangelische Vereinigung in Württemberg / IBAN DE81 6305 0000 0001 6614 79; Stichwort: „Bezirk Nordschwarzwald, Frieder Schöpfer“ oder Verein für Sozialpsychiatrie e.V. / IBAN DE85 6409 1300 0006 4000 00; Stichwort: „Spende ABW Zwiefalten, Frieder Schöpfer“

SPENDE anstöße

Eine Zeitung kostet Geld, auch wenn sie kostenlos verteilt wird. Wenn Ihnen unsere „anstöße“ gefallen, bitten wir Sie um eine freundliche Finanzspritze zu unseren Kosten. Das Konto ist: OFFENE KIRCHE, IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79, BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm). Siehe auch Rückseite dieser Ausgabe.

PAPIER EINSPAREN?

Wer kein Exemplar der „anstöße“ zugestellt bekommen möchte, kann die aktuelle Ausgabe sowie frühere „anstöße“ auf der Homepage unter „Aktuelles“ finden.

Meldung an die Geschäftsstelle genügt:
geschäftsstelle@offene-kirche.de

REZENSION

DIGITALE FREIHEIT



► FREIHEIT DIGITAL.
DIE ZEHN GEBOTE IN ZEITEN DES
DIGITALEN WANDELS
Evang. Kirche in Deutschland (EKD)
ISBN 978-3-374-06858-6

Download unter
<https://www.ekd-digital.de/dokumente/denkschrift-freiheit-digital.pdf>



Wie lässt sich das Potenzial der Digitalisierung in Freiheit und Verantwortung nutzen? Das ist die zentrale Frage, die diese EKD-Denkschrift aus evangelischer Perspektive zu beantworten versucht. Es wird deutlich, dass nicht nur Unternehmen und Institutionen Verantwortung für einen angemessenen Umgang mit der Digitalisierung tragen, sondern auch Einzelpersonen. Die Denkschrift trägt zur öffentlichen Debatte bei und bietet einen ethischen Orientierungsrahmen, der an den Zehn Geboten ausgerichtet ist.

Zwischen utopischen Hoffnungen und apokalyptischen Ängsten kann biblischer Realismus beitragen, unsere Lebensgrundlagen nachhaltiger zu schützen, um soziale Verhältnisse gerechter zu machen.

Die Autoren der Denkschrift in der „Kammer der EKD für soziale Ordnung“ nutzen die Zehn Gebote (in der reformierten Zählung) als Gliederung für wesentliche Herausforderungen der Digitalisierung. Nebenbei erläutern sie auf dem Hintergrund der jüdisch-christlichen Lernerfahrungen die ursprüngliche Bedeutung der hebräisch-jüdischen „Zehn Worte“, um sie als exemplarische Grundorientierungen aufzuzeigen.

1. „Geschöpfliche Freiheit im Digitalen wahren und leben.“ Gegen die religiöse Überhöhung des Internets und Hoffnungen des Transhumanismus betont die EKD: „Jede Form der Verabsolutierung von technologischen Entwicklungen erweist sich letztlich als eine Verletzung der Würde und Freiheit des Menschen als endliches Geschöpf.“

2. „Für Identitätsbildung und freie Solidarität in digitalen Bilderwelten offenbleiben.“ In Zeiten zunehmender Mediatisierung von Beziehungen ist die Aufgabe von Kirche und ihrer Diakonie, die Rechtfertigungsbotschaft von der unbedingten Anerkennung durch Gott erfahrbar zu machen. „Es gilt, andere und sich selbst nicht mit messendem, bewertendem, priorisierendem Blick wahrzunehmen, auch wenn technische Funktionen (Liken, Follower-Messung etc.) dies nahelegen.“

3. „Möglichkeiten religiöser Kommunikation im Digitalen wahrnehmen.“ Die Digitalisierung erweitert die Grenzen der Kirche. Sie ermöglicht neue Praktiken und Vernetzungen. Eine „entgrenzte Kirche“ wird erfahrbar in Internetgottesdiensten, Gebetsforen, Gedenk- und Trauerseiten, Bekenntnisforen, Seelsorge-Chats u.a. „Die Frage nach den Kriterien von Missbrauch und rechtem Gebrauch einer Kommunikation im Namen Gottes bedarf neuer Aufmerksamkeit.“ Da wünschte man sich eine deutlichere kirchliche Position.

4. „Dem (digitalen) Leben einen heilsamen Rhythmus geben.“ Es geht nicht zuletzt um die Frage, wie der Schutz des Sonntags angesichts flexibler Arbeitszeiten geschützt bleiben kann. „In biblischer Perspektive hängen Sabbatwort, sozialer Frieden, ökologische Verträglichkeit und ökonomischer Wohlstand eng zusammen.“ Die EKD möchte zur Stärkung der Sonntagskultur beitragen, verschweigt aber, dass derzeit fast nur die Gewerkschaften diese aktiv verteidigen. Man kann infrage stellen, ob die Kirchen in unserer Gesellschaft nach wie vor die Rolle wichtiger Zeittaktgeber spielen.

5. „Generationenverhältnisse digital gerechter gestalten.“ Mit dem von der UNO geprägten Zielbegriff der nachhaltigen Entwicklung (SDG) möchte die Evangelische Kirche sowohl künftigen Generationen gerecht werden als auch Menschen, die in anderen Weltgegenden leben. Insbesondere der Energieverbrauch der Digitalisierung gerät in den Fokus. „20 Suchanfragen bei Google verbrauchen in etwa die Energie, mit der eine Energiesparlampe eine Stunde leuchten kann.“ Besonders problematisch sind Kryptowährungen wie Bitcoins. Andererseits kann die Digitalisierung Ressourcen schonen helfen. Beispiele aus der Diakonie zeigen, wie die Kirche an der digitalen Transformation längst beteiligt ist.

Die gesamte Kirche sollte sich für konsequente Dekarbonisierung einsetzen und der „Abkehr von einem ressourcen- zu energieintensiven, an quantitativem Wachstum orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.“

6. „Digitalisierte Gewalt unterbrechen.“ Im Zusammenhang tödlicher Gewalt „spielen die Informations- und Kommunikationstechnologien eine erhebliche Rolle, insbesondere seit die Vernetzung und Bearbeitung von ‚big data‘ die Beschleunigung, Diversifizierung und Ausdehnung der Datenmengen möglich gemacht haben.“ Da geht es um Cybersicherheit, hochautomatisierte Waffensysteme und Überwachung. „Die Perspektive des gerechten Friedens mit ihrem Fokus auf die Konfliktursachen und der Priorisierung gewaltfreier und nachhaltiger Konfliktlösungen macht darauf aufmerksam, dass auch die digitale polizeilich-militärische Sicherheitsarchitektur eine zwar unersetzliche, aber eben nur komplementäre Funktion haben kann.“

7. „Bei Intimbeziehungen im digitalen Raum Freiheit und Achtsamkeit fördern.“ In diesem Kapitel diskutieren die Verfasser Partnerschaft und Ehe aus evangelischer Sicht. Transformationen von Beziehungen und Sexualität zeigen sich im „Online-Dating“, „Ghosting“ (plötzlicher Kontaktabbruch), Sexroboter, Cybersexualität und Online-Pornographie. „Hinsichtlich neu gewonnener Freiheitsräume durch die Digitalisierung erinnert evangelische Ethik an die Kriterien der Lebensdienlichkeit und Lebenszufriedenheit bei sexuellen Begegnungen, die immer für alle Beteiligten gelten müssen. Zur sexualethischen Bildung der Kirche gehört vorrangig, für den sorgsamsten Umgang mit anderen Menschen zu werben und eine asymmetrische Selbstdurchsetzung von Individuen ohne Rücksicht auf das Gegenüber als verfehlt zu bewerten.“

8. „Gerechte Teilhabe am digitalen Wirtschaften ermöglichen.“ Die Digitalisierung hat bereits die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfungskette in Industrie und Handel grundlegend verändert. „Crowd- und Cloudworking“ beispielsweise sind neue Arbeitsformen, die geregelt werden müssen. „Digitale Technologien nehmen zunehmend den Charakter von Infrastrukturen an, ver-

FORTSETZUNG AUF SEITE 13 →

OFFENE KIRCHE

FRIEDENSPFARRAMT

Die Mitgliederversammlung der OFFENEN KIRCHE beschloss einstimmig den Antrag, das Friedenspfarramt nicht wegzukürzen, sondern neu auszuschreiben und zu besetzen.

Der Bedarf nach einer kirchlichen Stimme für den Frieden in dieser Welt ist stark angestiegen. Deshalb fordert die OFFENE KIRCHE den Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg dazu auf, umgehend das Friedenspfarramt auszuschreiben und neu zu besetzen.

Begründung: Friede als kirchliches Arbeitsfeld ist ein herausforderndes zentrales und wichtiges Thema:

» Wir blicken mit Schrecken auf das Ende des militärischen Einsatzes in Afghanistan: 20 Jahre Präsenz von Mil-

tär haben keine demokratische und friedliche Gesellschaft entstehen lassen. Es braucht die gesellschaftliche Debatte darüber, welche außenpolitischen Mittel nach dem Scherbenhaufen in Afghanistan jenseits von militärischen Maßnahmen denkbar und sinnvoll sind. Es braucht hierfür Impulse und eine hörbare kirchliche Stimme, gerade in Württemberg.

» Auch wenn in den Jahren 2020 und 2021 deutsche Rüstungsexporte rückläufig waren, ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung wegen der Waffenlieferungen auch aus Württemberg nötig. Die Mitgliedschaft der ELKWÜ in der Organisation „Aktion Aufschrei!“ wird durch die Nichtbesetzung des Friedenspfarramtes ausgehöhlt.

» Das Friedenspfarramt hat sich längst von der Begleitung von Wehrdienstverweigerern emanzipiert: Die Relevanz bspw. der Arbeit im Bereich der Friedenspädagogik (am PTZ) zeigt, dass eine große Entfaltungsmöglichkeit für das Friedenspfarramt in Zusammenarbeit mit Friedensbeauftragten und Ehrenamtlichen in den Kirchenbezirken besteht. Dieses Engagement von Pfar-

rer*innen und Ehrenamtlichen darf nicht durch die Nichtwiederbesetzung der Pfarrstelle geschwächt werden.

» Der innere gesellschaftliche Friede ist auch durch die Corona-Pandemie massiv gefährdet: Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat sich verschärft, Konflikte über Corona-Maßnahmen werden mit neuer Heftigkeit ausgetragen. Der gesellschaftsdiakonische Beitrag der Evangelischen Kirche zur Überwindung des gesellschaftlichen Unfriedens muss deutlich verstärkt werden.

» Friede wird zum Deckmantel demokratiefeindlicher Arbeit. Die Verwendung des Begriffs „Frieden“ ist spätestens seit den Friedensmahnwachen 2014/2015 mit der Forderung nach einem Friedensvertrag und im Bereich der Querdenken-Demonstrationen 2020/2021 in schwieriges Fahrwasser geraten. In Reichsbürgerszene, Rechtspopulismus bis in den Bereich der rechten Esoterik wird positiv auf den Begriff „Friede“ zurückgegriffen. Es braucht daher endlich die fortwährende inhaltliche Auseinandersetzung darüber, was zum Frieden notwendig ist.

Daher fordert die OFFENE KIRCHE mit Nachdruck die sofortige Wiederbesetzung der aktuell vakanten Stelle des Friedenspfarramtes!

Hans-Ulrich Probst

► **FRIEDENSPFARRAMT:**
Das landeskirchliche Friedenspfarramt setzt sich dafür ein, dass die Friedensbotschaft des Evangeliums in der Gesellschaft vertreten wird. Neben der inhaltlichen Arbeit durch Publikationen und Vorträge ist es ein Scharnier zwischen gesellschaftlich und kirchlich Engagierten für den Frieden.





GUTES LEBEN

GUTES LEBEN FÜR ALLE

KERNAUSSAGEN

1. Für ein zukunftsfähiges Miteinander der Menschen auf diesem Planeten braucht es als **Leitbild ein „gutes Leben für alle“**. Es beschreibt, was eine ausreichende Lebensgrundlage für Menschen weltweit sein kann, die zugleich die planetaren Grenzen respektiert. Dazu kann und soll die Kirche die **spirituellen Ressourcen** der biblischen Tradition und des gelebten Glaubens bewusst machen und pflegen.

2. Allein mit der Strategie eines grünen Wachstums wird keine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch gelingen. Eine Lösung für die Klima- und Mitweltkrise ist schwer denkbar ohne ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung und des Konsums (**Postwachstumsökonomie**). Dieses ist global sozialverträglich und gerecht umzusetzen. Die Kirche sollte offensiv diese Option thematisieren. Wirtschaftsleistung muss neu gedacht und formuliert werden.

3. **Klimaneutralität** ist ein Ziel, das baldmöglichst erreicht werden sollte. Sie ist einerseits notwendige, jedoch nicht hinreichende Maßnahme zur Wahrung der planetarischen Grenzen. Dazu sind erforderlich **weitere Maßnahmen**, wie z.B. der Erhalt der Artenvielfalt und die Verhinderung von weiterem Landschaftsverbrauch.

4. Ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung führt auch zu weniger Kirchensteuereinnahmen. Darum ist Wert darauf zu legen, wie auch und gerade **eine kleiner und materiell ärmer werdende Kirche** zivilgesellschaftlich Profil zeigen und zu einem **Pionier** ei-

ner ökologischen Transformation werden kann, nicht zuletzt indem sie zu einem Bewusstsein für den nötigen gesellschaftlichen Wandel beiträgt. Es sind Konzepte zu erarbeiten, wie **exemplarisch innovative Projekte** angeregt und gefördert werden können, die zeigen, wie gut anders gelebt werden kann.

5. Eine wichtige Konkretion eines „guten Lebens“ ist eine **nachhaltige Form der Ernährung**. Eine Ernährung in den planetaren Grenzen und einem „Genug für alle“ bedeutet die Umstellung auf eine weitgehend pflanzenbasierte Ernährung bei uns. Neben der vorwiegenden Umstellung auf saisonale, regionale, fair gehandelte und sorgsam verwendete Lebensmittel (auch im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung), geht es hier um fleischreduzierte Speiseangebote, die der Sorge um das Tierwohl Rechnung tragen und eine hohe Transparenz von der Erzeugung bis zur Ladentheke bieten. Die Verwendung vielfältiger regionaler Sorten sichert die Vielfalt im Saatgutbestand. Bei gleichzeitiger Reduktion der Lebensmittelabfälle können Ressourcen eingespart und die Gesundheit gefördert werden. Mit Blick auf die landwirtschaftlichen Erzeuger sind auskömmliche Preise und langfristige Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft erforderlich.

Johannes Dürr



► MEHR INFO:
Die Langfassung dieses Textes finden Sie auf www.offene-kirche.de

NACHRUF

DR. ROLAND TOMPERT

Am 13. Mai starb Dr. Roland Tompert im Alter von 88 Jahren in Stuttgart. Der Jurist war nach seinem Absteher in die Abteilung für Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt in Bonn ab 1969 im Stuttgarter Oberkirchenrat für Organisations- und Dienstrecht tätig. Er war Mitglied in den Kuratorien des Evangelischen Stifts in Tübingen, der Ev. Akademie Bad Boll und der Tagungsstätte Löwenstein. Für Bildung und Umwelt engagierte er sich besonders. So initiierte er den landeskirchlichen Umweltrat und war Mitglied der 2009 in Boll gegründeten Ökumenischen Energiegenossenschaft (ÖEG).

Jobst Kraus, der vom Studienleiter für Umweltpolitik in den Vorstand der ÖEG wechselte, erinnert sich „an seine freundliche, ruhige und zugewandte Art und sein Engagement besonders für die praktische Bewahrung der Schöpfung, was für einen Kirchenjuristen schon etwas Besonderes war. Ohne ihn wäre die kirchliche Umweltsache noch mehr in der Nische geblieben.“ Er habe immer ein offenes Ohr für kirchenrechtliche Fragen gehabt, so beim Streit, ob Kirchengemeinden der ÖEG beitreten könnten. Dafür musste das Haushaltsrecht geändert werden.

Für die damaligen OK-Informationen antwortete Dr. Tompert auf die Frage nach dem Zusammenhang von Kirche und Macht: „Macht ist schlicht die Möglichkeit, etwas tun zu können.“ Und wenn es um Umweltschutz in der Industrie geht: „Wenn wir ökologische Fragen einbringen, so findet das grundsätzlich immer viel Verständnis. Aber wenn's konkret wird, kommt schnell der Einwand: Die Verhältnisse sind nicht so.“

Heidi Fritz, zweite Vorsitzende des Vereins Ev. Ausbildungsstätten für Sozialpädagogik, erinnert sich: „Herr Tompert hat sich immer – auch nach seiner Zeit als erster Vorsitzender – für das Geschehen und die aktuellen Entwicklungen an unseren Schulen interessiert und mit großem Wohlwollen verfolgt – diese Treue war für mich sehr beeindruckend.“

Renate Lück



Dieses Foto entstand 1994 beim Interview im Oberkirchenrat.

REZENSION

EUGEN DREWERMANN

Richtet nicht! Strafrecht & Christentum 1

Drewermann weist quer durch die Geschichte den Zusammenhang von Gewalt, Macht, Rechtsprechung und Strafvollzug nach. Dazu untersucht er auch die antiken Kulturen mit ihren Gesetzen und ihrer Strafrecht. Er weist nach, dass das Recht immer das Recht des Machthabers ist. Der Strafvollzug diene der Wiederherstellung der durch die Straftat beschädigten Macht. Dabei sei der Herrscher ins Göttliche überhöht und sehe sich als Sohn der jeweiligen Gottheit, was ihm zusätzliche Macht verleiht.

Drewermann gibt zu, dass die Darstellung der Scheußlichkeiten, deren die verschiedenen Staaten schon in der Antike sich bei ihren Strafurteilen bedienten, für jeden Leser im folgenden gewiss eine kaum erträgliche Zumutung darstellt. Doch könne und solle gerade sie in ihrer Heftigkeit den Abscheu neu erregen, der es unvermeidbar mache, dem Protest des Jesus von Nazareth recht zu geben. Der Leser solle sich Jesu Anliegen der Straffreiheit als ein Wesentliches und Verbindliches zu eigen machen. Dies solle so eindeutig und grundsätzlich geschehen, wie es als eine Frage auf Leben und Tod in Jesu Botschaft angelegt ist.

→ FORTSETZUNG VON SEITE 10

gleichweise der Versorgung mit Mobilität, Elektrizität und Wasser. Deshalb muss die Funktionsweise einer demokratisch-politischen Kontrolle unterliegen.“ Die Veränderung der Arbeitswelt hat auch Konsequenzen für die Kirche als Arbeitgeber. „Aus der Perspektive eines christlichen Verständnisses von Teilhabe, Wirtschaft und Beruf sind der Charakter der Arbeit als Dienst an den Nächsten, die Beteiligung aller unter menschenwürdigen Bedingungen und die Befähigung und Ermächtigung zu solchem Dienst wesentliche Kriterien.“

9. „Unter digitalen Bedingungen Wahrhaftigkeit fördern.“ Martin Luther hat in seiner Erklärung des Gebots „Nicht falsch Zeugnis reden“ die Bedeutung der Ehre für die Le-

Der Autor fährt fort: „Jesus wurde mit dem Tod bestraft, weil er das Leben von dem Bann der Strafrecht befreien wollte, indem er das Gerechtigkeitsprinzip von Lohn und Strafe insgesamt im Namen Gottes als ein Unrecht an den Menschen geißelte; er wurde auf grausame Weise zu Tode gequält, weil er aus dem menschlichen Dasein generell die Praktik der Gewalt entfernen wollte. Er wurde als ein staatsfeindlicher Aufrehrer und Revolutionär abgeurteilt, weil er die Grundlage jedweder Staatsmacht untergrub, indem er einzig Gott als legitimen Herrscher im Herzen der Menschen anerkannte. Mit seinem prinzipiellen Protest gegen das Strafrecht als solches provozierte Jesus förmlich den Kreuzestod als Reaktion des von ihm im Namen Gottes zu beseitigenden staatlichen Strafrechts.“

Drewermann beschließt diesen 1. Band seiner als Trilogie angelegten Arbeit mit der Aufforderung: „Wir aber, wollen wir Christen sein, müssen in seinem Namen von dem Prinzip des gesamten Strafrechts ein für alle Mal uns verabschieden.“ Und als letzten Satz wird uns die Frage gestellt: „Wie werden wir frei zu Gottes Güte?“

Ulrich Immendorfer

bensführung in der Öffentlichkeit stark betont. Er wusste um die Neigung, lieber Böses als Gutes über die Mitmenschen zu sagen und zu hören. Angesichts der massenhaften Kommunikation sind „hate speech“ und „fake news“ besonders gefährlich. Digitale Kommunikation erleichtert Manipulationen. Qualitätsjournalismus ist dagegen zu fördern, digitale Netzwerke müssen kontrolliert und nötigenfalls begrenzt werden. Dabei will die Evangelische Kirche mit gutem Beispiel vorangehen. „Die Kirche könnte ihre nicht zu unterschätzende Marktmacht auf dem IT-Markt nutzen, indem sie hohe Standards des Datenschutzes einfordert und alternative Messengerdienste unterstützt.“

10. „Beim Begehren im digitalen Raum Rücksicht nehmen.“ Die Lust zu begehren hat die Berufsgruppe der „Influencer“ hervorgebracht.



Eugen Drewermann
► RICHTET NICHT! STRAFRECHT UND CHRISTENTUM, BAND 1 ISBN 978-3-8436-1214-2
► RICHTET NICHT! ÜBER DIE GESCHICHTE DER INQUISITION UND DIE GESETZGEBER DER HABSBURGER, BAND 2 978-3-8436-1215-9
beide Verlagsgruppe Patmos

Noch nicht erschienen:
► Band 3: „Über die Widersprüche der Strafrecht und Lösungsansätze in der Gegenwart“

Sie fördern nicht nur den Konsum, sondern den Kampf um Anerkennung. „Dies kann bei jungen Menschen zu Einbußen des Selbstwertgefühls führen, weil das omnipotente, digital verkörperte und oft optimierte Ideal nur schwer oder gar nicht zu erreichen ist.“ Andererseits lässt sich die Verantwortungsfähigkeit der Anbietenden und Konsumierenden steigern. Es ist eine Bildungsaufgabe, ethisch bewusstes Entscheiden einzuüben.

Die „Denkschrift“ ist eigentlich ein kleines Handbuch zur Ethik der Digitalisierung mit einer Fülle von Informationen und Anregungen. Gemeinden könnten nicht nur eine Predigtreihe mit diesen Texten gestalten, sondern auch Gesprächsabende veranstalten. Es wäre schade, wenn dieses Buch lediglich in pfarramtlichen Ablagen vergilbt.

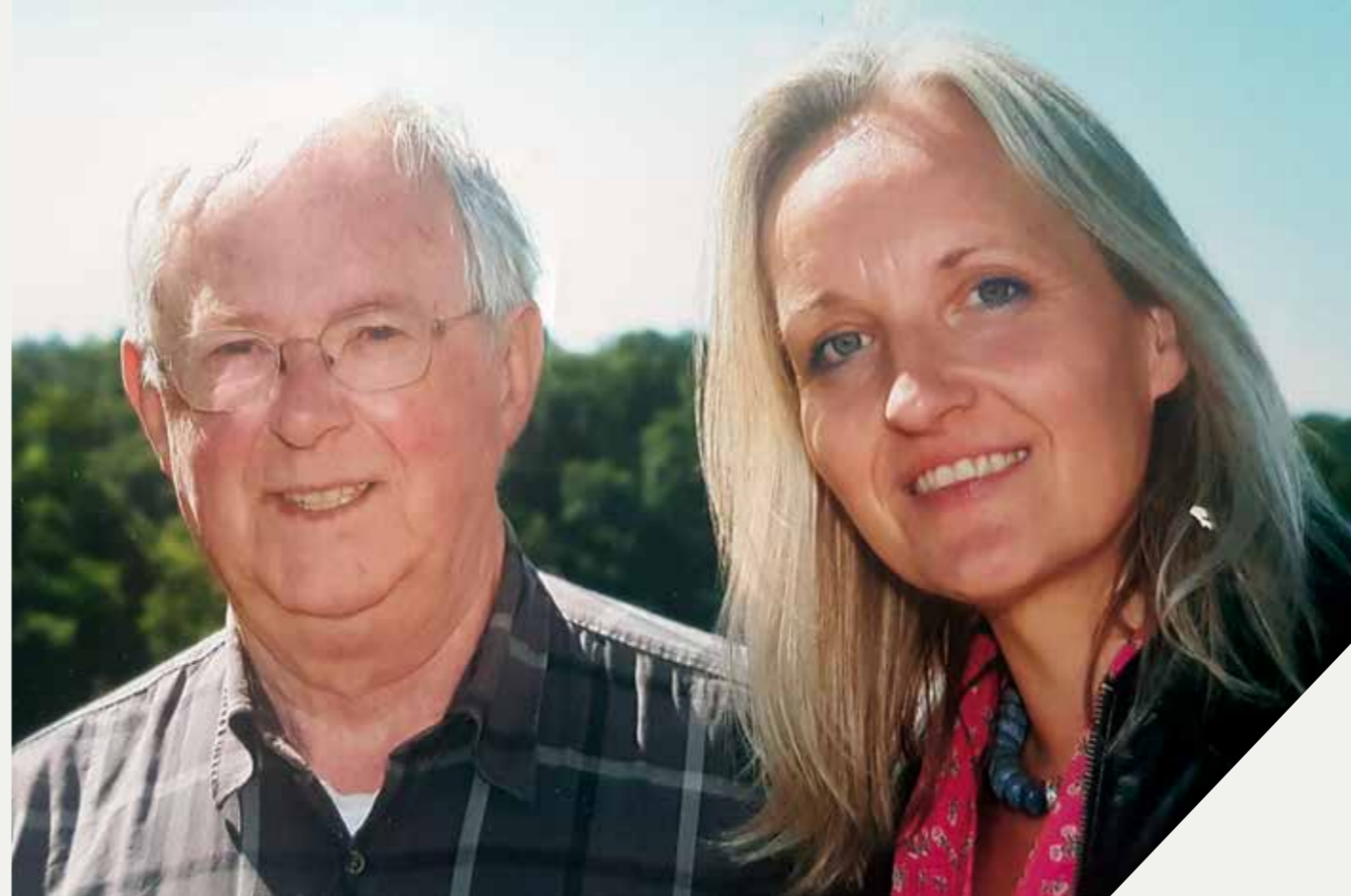
Ulrich Immendorfer



INTERVIEW

WAS IST MISSION?

Interview von Yasna Crüsemann
mit Fulbert Steffensky



Fulbert Steffensky im Gespräch mit Yasna Crüsemann

Fulbert Steffensky war Benediktinermönch, trat 1969 aus dem Orden aus, heiratete die evangelische Theologin Dorothee Sölle und begründete mit ihr das Politische Nachtgebet in Köln. Er lehrte von 1975–1998 als Professor für Praktische Theologie an der Universität Hamburg und ist Autor vieler Bücher zum Thema Spiritualität.

In der württembergischen Landessynode ist das Thema Mission in aller Munde. Der Begriff ist umstritten und historisch belastet. Während die einen für missionarische Aufbrüche plädieren, wollen andere das Wort Mission am liebsten gar nicht mehr verwenden oder durch andere, weniger verdorbene Begriffe ersetzen. Diese Skepsis gegenüber Begriff und Thema Mission hat zu tun mit Erfahrungen von Übergriffigkeit, zugleich ist der Begriff verbunden mit Machtmissbrauch und Kolonialismus. Aus dem Begriff Mission ist das Verb „missionieren“ geworden. Es ist eher negativ konnotiert. Während Mission im kirchlichen Bereich zu grundsätzlichen Diskussionen führt, wird es im säkularen Bereich, etwa bei Unternehmen, ganz unbefangenen verwendet wird.

In unserer Landessynode haben wir die Aufgabe, uns mit der Vielschichtigkeit des Missionsbegriffs zu beschäftigen. Auch innerhalb der OFFENEN KIRCHE gibt es darüber Diskussionen: Sollen wir das Wort Mission meiden oder uns damit befassen? Und was ist Mission überhaupt?

Es gibt keine ungeschändeten Wörter. Alle tragen das Brandmal ihrer Geschichte, auch das Wort Mission. Es zu verschweigen, ist kein Weg. Es kommt darauf an, sich die Mühe zu machen, es neu zu interpretieren.

Was verstehst du unter Mission?

Mission heißt, Gesicht zeigen. Es heißt, öffentlich und gewaltfrei zeigen, was man liebt, wofür man steht und woran man arbeitet. Jeder Lebensglaube und jede Lebensoption braucht die „Szene“, sie braucht Öffentlichkeit. Man wird der, als der man sich zeigt. Es verblasst der Glaube (nicht nur der religiöse), wenn er keine Bühne findet, wenn er nicht Mission wird; wenn die Gläubenden ihr Gesicht verstecken.

Gewaltlos: Mission ist dem Spiel nahe. Das Spiel hat keine Absichten (nur schlechte Spiele „wollen etwas“). Gewaltlos kann dieses Spiel nur sein, wenn ich weiß und wenn ich akzeptiere, dass andere andere Lebensspiele haben und spielen. Ich will also nicht bekehren, sondern zeigen. Und doch: Mein „Theater“, unsere christliche Selbstdarstellung, enthält eine gewaltfreie Verlockung: Wenn wir von der Bergpredigt, vom verlorenen Sohne und von der Bevorzugung der Armen im Alten und Neuen Testament erzählen, ist es eine Verlockung zu Frieden, Gerechtigkeit und Vergebung. Die „anderen“ gewinnen Gesicht an unserem Gesicht und an der Ausbreitung unserer Schätze – wie wir Gesicht gewinnen an ihren Erzählungen und Schätzen. Vor dem Wort Mission muss man sich nicht fürchten, wenn wir wissen und akzeptieren, dass wir nicht die einzigen sind, die Gott verehren, die seine Armen schätzen und an der Würde und Freiheit der Menschen arbeiten.

Denkst du nicht, dass mit Mission im begrifflichen Gepäck Menschen abgeschreckt werden, dass er missverstanden wird?

Wir sind dafür verantwortlich, dass Menschen unsere Tradition verstehen oder

missverstehen. Mission war in unserer Geschichte mit der Arbeit an Freiheit, Bildung, Heilung und Gotteserkenntnis verbunden. Es war auch verbunden mit Gewalt und Überheblichkeit. So lernen wir an dem Wort Stolz und Scham. Da Protestanten Meister des schlechten Gewissens sind, kommen sie meistens nicht hinaus über die Scham. Das aber ist eine Form der Selbstentmutigung, die gefährliche Unfähigkeit, Gelingen wahrzunehmen. Im Übrigen sollten wir selbstbewusst genug sein, uns nicht dem Diktat des Urteils „der Menschen“ zu unterwerfen.

Wie stellst du dir Mission konkret vor?

Menschen gehen als erkennbare Christen und Christinnen in die Mitte unserer Gesellschaft oder sie gehen zu den wunden Stellen anderer Gesellschaften und Länder; sie sehen ihre Schmerzen, stellen fest, wer sie verursacht, und helfen mit ihrem Geist, ihren Stimmen und mit ihren Händen. Sie beten und arbeiten.

Und wie könnte ein „missionarischer Aufbruch“, den viele sich wünschen, aussehen?

Gemeinden und Kirchen müssten endlich mehr wahrnehmen als sich selbst. An sich selbst kann man nicht gesunden. Die unerträgliche Selbstbeachtung der Einzelnen, der Gemeinden und der Kirchen machen sie nicht gesund. Es sind Lebengewinnungseinrichtungen, über denen man leicht Sinn und Leben verlieren kann. Wir gesunden an der Wahrnehmung der anderen, nicht an der dauernden Beachtung unsrer selbst.

Viele fragen sich, was Menschen abschreckt oder wie „wir“ sie stattdessen gewinnen könnten?

Vielleicht schrecken wir Menschen hauptsächlich dadurch ab, dass wir sie gewinnen wollen. Warum nur sollten wir sie gewinnen wollen? Wir sollen uns zeigen und deutlich sein. Wir sollen mit anderen am Heil der Welt und am Namen Gottes arbeiten und im Übrigen diese Menschen und Gott ihre Wege gehen lassen. Jemanden „gewinnen wollen“ klingt mir noch gewalthaft. Allerdings wenn jemand, auf welche Weise auch immer, seinen Weg zu uns und unserer Kirche findet, dann kann uns niemand die klammheimliche Freude darüber verbieten.

Hinter der Frage nach Mission steckt die Frage um die Zukunft der Kirchen. Kirchenmitgliederzahlen gehen immer weiter zurück, die Volkskirche steht als Modell der Zukunft infrage. In anderen Kontinenten wachsen dagegen charismatische und Pfingstkirchen. Wie siehst du Kirche in der Zukunft? Was sollte sich deiner Meinung nach ändern? Wie soll die Kirche der Zukunft sein?

Zahlen zählen wenig. Das Wachsen der Kirche ist eine geistige Angelegenheit, nicht eine numerische. Unsere erste Aufgabe: sich aus der Faszination der Zahlen zu befreien. Die zweite Aufgabe: nicht der großartigen alten Kirche nachzuweinen. So großartig war sie nicht. Unsere Kirche war noch nie so schön, wie sie heute im Zustand ihrer Verarmung und ihrer Machtlosigkeit ist. Noch nie hat sie so eindeutig für Frieden und Gerechtigkeit plädiert, noch nie die Fremden so geachtet, noch nie andere Wege zu Gott so respektiert. Ich weiß nicht, wie die Kirche der Zukunft aussieht. Sie wird sicher einige kindischen Fragen verlernen, z.B. die ketzerische und blasphemische Frage, ob Protestanten und Ka-

tholiken gemeinsam das Abendmahl feiern und ob nicht-heterogenen Menschen der Segen Gottes und der Kirche gelten darf. Sie wird einige dumme und verdummende Fragen vergessen und damit auf die wichtigen stoßen. Was sind die wichtigen? Ich sage es mit dem brasilianischen Armenbischof Petro Casaldaliga: „Alles ist relativ außer Gott und dem Hunger.“

Herzlichen Dank, Fulbert, für das Gespräch.

Yasna Crüsemann, Vorsitzende des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung in der Landessynode

Foto ist von <https://www.evangelisch.de/personen/fulbert-steffensky> Bitte nachfragen.



FULBERT STEFFENSKY

Steffensky studierte katholische und evangelische Theologie und trat mit 21 Jahren trat er in das Benediktinerkloster Maria Laach ein, wo er den Ordensnamen Fulbert erhielt. Nach 13 Jahren verließ er das Kloster ohne kirchliche Erlaubnis. Er behielt seinen Ordens- als Vornamen bei. Im Jahr 1969 konvertierte er zum lutherischen Bekenntnis und heiratete Dorothee Sölle. Steffensky promovierte 1972 an der Ruhr-Universität Bochum. Seine erste Professur für Erziehungswissenschaft hatte Steffensky von 1972 bis 1975 an der Fachhochschule Köln inne, bevor er als Professor für Religionspädagogik an die Universität Hamburg wechselte. Auf dem 32. Evangelischen Kirchentag 2009 in Bremen forderte Steffensky ein gemeinsames Abendmahl von katholischen und evangelischen Christen während des 2. Ökumenischen Kirchentags in München 2010.

Erich Kästner (1899-1974)



DEM REVOLUTIONÄR JESUS ZUM GEBURTSTAG

Zweitausend Jahre sind es fast,
seit du die Welt verlassen hast,
du Opferlamm des Lebens!
Du gabst den Armen ihren Gott.
Du littest durch der Reichen Spott.
Du tatest es vergebens.

Du sahst Gewalt und Polizei.
Du wolltest alle Menschen frei
und Frieden auf der Erde.
Du wusstest, wie das Elend tut
und wolltest alle Menschen gut,
damit es schöner werde!

Du warst ein Revolutionär
und machtest dir das Leben schwer
mit Schiebern und Gelehrten.
Du hast die Freiheit stets beschützt
und doch den Menschen nichts genützt.
Du kamst an die Verkehrten!

Du kämpftest tapfer gegen sie
und gegen Staat und Industrie
und die gesamte Meute.
Bis man an dir, weil nichts verding,
Justizmord kurzerhand beging.
Es war genau wie heute.

Die Menschen wurden nicht gescheit.
Am wenigsten die Christenheit,
trotz allem Händefalten.
Du hattest sie vergeblich lieb.
Du starbst umsonst. Und alles blieb
beim alten.

Anlässlich eines Geburtstags pflegt man dem
Jubililar Freundlichkeiten zu sagen. Kästner
spart nicht mit Anerkennung für die Bemü-
hungen Jesu, „... damit es schöner werde“.

Während die Christenheit mehrheitlich
Jesu Erfolge in der für uns unkontrollierba-
ren jenseitigen Welt sieht, bleibt er unsrer

diesseitigen verpflichtet. Worte und Taten
lassen sich hier sehr wohl beurteilen. Sein
Urteil passt nicht in unsere Advents- und
Weihnachtsstimmung. Es ist niederschmet-
ternd: „Du tatest es vergebens – Du hast ...
den Menschen nichts genützt. Du kamst an
die Verkehrten – Du starbst umsonst.“ – Ob
seine Kritik in allen Details stimmt, ist nicht
die Frage. Hier übt jemand Mitleid mit dem
Jubililar anlässlich seines Geburtstagsfestes,
Mitleid aus Enttäuschung über den Unver-
stand der Leute, über die Ignoranz von Staat
und Kirche damals wie heute. Trotz aller
zur Schau gestellten Frömmigkeit sieht
Kästner keine Spur von Jesu Geist bei uns. –
Ein solches Gedicht verdirbt uns die festliche
Stimmung. Da hören wir doch lieber
wohlvertraute Weihnachtslieder, in denen
die Engel „Ehre sei Gott in der Höhe!“ singen
– doch „Friede auf Erden“ fehlt in so man-
chem Weihnachtslied. Das wäre viel zu dies-
seitig. Wir haben Jesus längst politisch ver-
träglich gemacht „...und alles blieb beim al-
ten“ – nicht alles, zugegeben, aber viel zu viel.

Nicht erst zu Karfreitag gilt es Jesus zu be-
trauern, nein, jetzt in diesen Weihnachtsta-
gen. „Heut schließt er wieder auf die Tür
zum schönen Paradeis ...“, zu einer Welt des
Friedens und der Gerechtigkeit. Wir Christen
haben es zu allen Zeiten verstanden, die Tür
wieder zuzuschließen und das Paradies ins
Jenseitige zu verlegen. Da kann es keinen
Schaden anrichten und unser Leben kann un-
gestört weitergehen, unsere ausbeuterische
Wirtschaftsweise, unsere Gewaltbereitschaft
im Inneren und Äußeren, unser Handel mit
Waffen und Umwelt zerstörenden Waren,
unser erbarmungsloser Umgang mit Men-
schen, Tieren und mit der ganzen Natur ...

Ulrich Immendörfer

IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE
wird herausgegeben vom Vorstand der
OFFENEN KIRCHE.

Vorsitzende: Erika Schlatter-Ernst
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:
Gabriele Schwarzingler, Ditzzenbrunner Str. 71,
71254 Ditzingen, Telefon 0 71 56-6 02 93 46,
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten:
OFFENE KIRCHE – Evang. Vereinigung in Württemberg;
IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79,
BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm)
Dieses Konto ist für Mitgliedsbeiträge und Spenden
für die OFFENE KIRCHE; bitte geben Sie jeweils den
Verwendungszweck an.
AMOS-Preis-Konto:
IBAN: DE55 5206 0410 0003 6901 56,
BIC: GENODEF1EK1 (Evangelische Bank)
Dieses Konto ist für Spenden eingerichtet worden für den
AMOS-Preis und für Zustiftungen.

Redaktion:
Eberhard Braun/eb, Jörg Boss, Ulrich Immendörfer
(V.i.S.d.P.), Renate Lück, Hans Probst, Michaela Schlecht,
Wolfgang Wagner. Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben die Meinung des/der Verfasser*in wieder und
stellen nicht unbedingt die Meinungen der Herausgeber*
innen oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,
71067 Sindelfingen, renate.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz: www.solutioncube.com

Versand:
Behindertenzentrum (BHZ), Stuttgart-Fasanenhof

Erscheinungsweise:
Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE erscheint
nach Bedarf.

Bildnachweise:
Titel: Liam McGarry/unsplash, S. 2: privat,
S. 2/3: Cole Keister/unsplash, S. 4: Eberhard Braun,
S.5: Marcel Strauss/unsplash, S. 6: privat, S. 9: National
Cancer Institute/unsplash, S. 8 oben: Sebastian Küster,
Leonberg, Mitte u. unten: Renate Lück, S. 9: privat,
S. 11: avmleer/unsplash, S. 12: Renate Lück,
S. 14/15: (Yasna Crüseman) S. 15: www.evangelisch.de,
S. 16: Wikimedia Commons

Auflage: 9.500 Exemplare

Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von Manu-
skripten, Diskussionsbeiträgen, Informationen,
Anregungen und Leser*Innenbriefen. Die Redaktion
behält sich das Recht an Kürzungen vor.

Weitere Informationen über die OFFENE KIRCHE und
aktuelle Berichte zu unseren Themen finden Sie unter
www.offene-kirche.de

OFFENE KIRCHE

Evangelische Vereinigung in Württemberg

